IPG

KOMMENTAR 11.07.2016 | Earl H. Fry

Zwei sind nicht genug

Wie Donald Trump zur Gründung einer dritten Partei beitragen könnte.

Der Wahlkampf 2016 unterscheidet sich ganz erheblich von den Wahlkämpfen der letzten fünf Jahrzehnte. Der voraussichtliche Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Donald Trump, hat wenig mit den zuvor von der konservativen Partei ins Rennen geschickten Anwärtern für das Weiße Haus gemein. Er hat nie zuvor ein öffentliches Amt bekleidet, und bei vielen Themen weichen seine Ansichten gehörig von der traditionellen republikanischen Sichtweise ab.

Hillary Clinton vertritt weit eher die Mehrheitsmeinung der Demokraten, hatte allerdings in Bernie Sanders, dem für eine soziale Demokratie eintretenden Senator aus Vermont, einen starken, aber letztlich erfolglosen Kontrahenten.

Die Republikaner zerfallen gerade in verschiedene Gruppierungen: Neben den traditionellen Konservativen, der religiösen Rechten und der Tea-Party-Bewegung stellt Trump selbst nun ein viertes Element dar, wobei er Charakteristiken eines rechten Populismus und eines Nativismus an den Tag legt und heftig Stimmung gegen Washington macht. Clinton vertritt dieselbe gemäßigt linke sozialdemokratische Haltung wie ihr Mann während seiner achtjährigen Präsidentschaft. Sanders dagegen hat sich als führender Politiker des linken Parteiflügels etabliert, der populistisch ist, einer US-Beteiligung an militärischen Bündnissen im Ausland und dem Abschluss von Handelsabkommen kritisch gegenübersteht sowie innenpolitisch für eine gerechtere Wirtschafts- und Sozialpolitik eintritt.

Die Zeit scheint günstig für die Herausbildung einer dritten parteipolitischen Bewegung, die populistischem Extremismus eine Absage erteilt und darauf besteht, dass Washington auf parteipolitisches Gehabe verzichtet und stattdessen entschlossen die Probleme löst, vor denen die Nation steht: das langsame Wirtschaftswachstum und die abnehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit, eine sich verschlechternde Infrastruktur und ein mittelmäßiges öffentliches Bildungswesen, die steigende Staatsverschuldung, die zunehmende

Ungleichheit in Bezug auf Wohlstand und Einkommen, die kapitalistische Vetternwirtschaft, von der nur die Reichen und bestimmte Interessengruppen profitieren, sowie die schrumpfende amerikanische Mittelschicht.

Allerdings wird aus der US-amerikanischen Geschichte sehr deutlich, wie schwierig es ist, eine auf Dauer erfolgreiche Bewegung für eine dritte Partei ins Leben zu rufen.

Allerdings wird aus der US-amerikanischen Geschichte sehr deutlich, wie schwierig es ist, eine ernsthafte und auf Dauer erfolgreiche Bewegung für eine dritte Partei ins Leben zu rufen. Präsident George Washington verabscheute politische Gruppierungen, weil er das Gefühl hatte, dass sie die junge, um Einheit ringende Nation eher spalteten. Dennoch wurde der Grundstein für das Zweiparteiensystem der USA in seinem ersten Kabinett gelegt: Finanzminister Alexander Hamilton war Mitbegründer der Föderalistischen Partei und Außenminister Thomas Jefferson der Demokratisch-Republikanischen Partei. Aus Jeffersons Bewegung ging schließlich die Democratic Party hervor. Die Föderalisten verloren in den 1820er-Jahren zunehmend an Bedeutung und wurden in den 1830er-Jahren von den Whigs als zweiter führender Partei ersetzt. In den turbulenten 1850er-Jahren wurden die Whigs dann von den Republikanern abgelöst, die in der entscheidenden Wahl von 1860 Abraham Lincoln zu ihrer Leitfigur wählten. Dass die Parteienlandschaft über Jahrhunderte von nur zwei Parteien beherrscht wird, ist ein weltweit fast einmaliges politisches Phänomen.

Hin und wieder tauchten dritte Parteien auf der politischen Bühne auf, wie 1912 Teddy Roosevelts Progressive Party (auch Bull Moose Party genannt) und in jüngerer Vergangenheit George Wallaces 1968 gegründete American Independent Party, die für eine Rassentrennung eintrat, sowie Ross Perots Bewegung United We Stand von 1992. Als Präsidentschaftskandidat konnte Perot immerhin fast 20 Millionen Wählerstimmen auf sich vereinen. Historisch gesehen hat jede Partei, die sich durchsetzen konnte, eine bestehende Partei verdrängt: Die Whigs waren Nachfolger der Föderalisten und die Republikaner ersetzten die Whigs. Andere dritte Parteien verschwanden einfach wieder von der Bildfläche. Mit den Demokraten und Republikanern dominieren seit den 1860er-Jahren dieselben beiden Parteien auf nationaler,

bundesstaatlicher und lokaler Ebene. Als Volksparteien haben sie häufig die besten Ideen der kurzlebigen, eine dritte Partei anstrebenden Bewegungen aufgegriffen und sich zu eigen gemacht.

Es ist durchaus möglich, dass sich die Präsidentschaftskandidatur von Donald Trump für die Republikaner als katastrophal erweisen wird. Die Demokraten könnten nicht nur ins Weiße Haus einziehen, sondern auch die Mehrheit im Senat zurückgewinnen (ihnen fehlen nur vier Sitze) und vielleicht sogar die fehlenden 30 Sitze im Repräsentantenhaus für sich beanspruchen. Darüber hinaus könnten die Republikaner auch diverse Gouverneursposten und Sitze in den bundesstaatlichen Parlamenten an die Demokraten verlieren. Trump würde dann als politische Kraft innerhalb der Republican Party in der Versenkung verschwinden, und Vertreter der Hauptströmung in der Partei, wie Mitt Romney und Paul Ryan, würden sich mit Anhängern der Tea Party und religiösen Rechten zusammensetzen, um auszuloten, wie die Partei sich von dem Wahldebakel von 2016 erholen kann. Bei den Demokraten würde Hillary Clinton das Zepter fest in der Hand halten, aber auch einige der vom progressiven Flügel vertretenen politischen Konzepte unterstützen, darunter eine Ausweitung des Krankenkassensystems und eine Reform der Einkommensteuer.

Verstimmte Progressive könnten versucht sein, ihre eigene politische Bewegung zu initiieren, was aber wohl eher unwahrscheinlich ist.

Verstimmte Progressive könnten versucht sein, ihre eigene politische Bewegung zu initiieren, was aber wohl eher unwahrscheinlich ist. Eine weitere wenig wahrscheinliche Möglichkeit wäre eine populistische Bewegung, die Elemente der extremen Rechten und Linken zusammenbringt und sich größere Veränderungen auf die Fahne schreibt, die der Arbeiter- und unteren Mittelschicht zugutekommen. So eine Bewegung würde auch dafür eintreten, dass die USA zukünftig eine wesentlich geringere Rolle in weltweiten politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten spielt.

Wahrscheinlicher ist jedoch, dass sich gemäßigte Republikaner, Demokraten und „Unabhängige“ zusammentun, um eine neue Partei der Mitte zu unterstützen. Mit No Labels existiert schon eine Bewegung dieser Art. Mitbegründer dieser Organisation sind Jon Huntsman, ehemaliger republikanischer Gouverneur von Utah und US-Botschafter in China, sowie Joseph Lieberman, früherer demokratischer Senator von New Jersey. Die Bewegung hat bereits eine Liste von Prioritäten veröffentlicht, die deutlich der politischen Mitte entspringen und das

Ende der extremen parteipolitischen Interessen propagieren. Stattdessen solle der Schwerpunkt auf eine Zusammenarbeit von Weißem Haus und Kongress über Parteigrenzen hinweg gelegt werden, um die drängendsten Probleme der USA anzugehen.

Im Jahr 2016 zeichnet sich eine deutliche Politikverdrossenheit bei konservativen und progressiven Wählern ab, die von der üblichen Abgehobenheit Washingtons gegenüber den Sorgen und Nöten der Bevölkerung genug haben. Zudem geht es vielen Haushalten finanziell nicht gut. In Zeiten steigender Ausgaben für Gesundheitsleistungen und höhere Schulbildung fallen die Erhöhungen von Löhnen und Nebenleistungen denkbar knapp aus. Insgesamt hat die arbeitende Bevölkerung der USA in den Jahren nach der „Großen Rezession“ nur sehr kleine finanzielle Gewinne zu verzeichnen, während fast die Hälfte aller wirtschaftlichen Zugewinne der letzten Jahre in die Taschen von nur einem Prozent der Haushalte, und zwar der ohnehin reichsten, floss.

Die weitverbreiteten Sorgen und Nöte sollten eigentlich die Tür für ernsthafte Erwägungen über eine neue parteipolitische Bewegung öffnen, aber die US-amerikanische Geschichte zeigt, dass derartige Bemühungen vor erheblichen Hindernissen stehen und in der Regel nicht länger als einen vierjährigen Wahlzyklus Bestand haben. Vielleicht wird sich ja die Zeit nach der Wahl von 2016 als bemerkenswerte Ausnahme dieser historischen Regel erweisen.



Earl H. Fry
Provo

Dr. Earl H. Fry ist Professor für Politikwissenschaften und Kanadastudien an der Brigham Young University. Zuvor lehrte er u.a. an der Universität Helsinki und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre de Recherches Internationales (CERI) der Universität Sciences Po Paris. Sein Forschungsschwerpunkt ist die wirtschaftliche und politische Integration Nordamerikas.

2 LESERBRIEFE

andreas jordan schrieb am 12.07.2016

Das ist schon ein seltsamer Experte, der Clinton als gemäßigt linken Sozialdemokraten beschreibt und dann in seiner Forderung für eine dritte Partei alle die Mängel aufzählt, die Gegenstand von Sanders Wahlkampf waren. Des Autors Forderung nach einer nichtpopulistischen Partei spricht nur die Mittel an, nicht die Inhalte. Aber daran kranken ja auch unsere bundesdeutschen Politik"experten", dass sie das, was die breite Bevölkerung beunruhigt, oder wo sie sich hintergangen fühlt, dann, wenn es aus der Schweigespirale befreit und thematisiert wird, als Populismus geißeln.

Gerd Weghorn schrieb am 13.07.2016

Earl Frys Beschreibung des us-amerikanischen Krisenzustands teile ich, nicht jedoch seine Ansicht vom "Zweiparteiensystem der USA ", verstehe ich unter einer Partei doch die Interessenvertretung politisch-ökonomisch definierter Schichten und Klassen.

Die von Fry erwähnten Klassen haben auch in den Staaten keine Interessenvertretung mehr, sind doch sowohl die Democrats wie die Republicans nichts anderes als zwei "demokratische" Aushängeschilder und Interessenvertreter des rüstungsindustriell-finanzkapitalistisch-militärbürokratischen Komplexes, der im Pentagon seine "feste Burg" gefunden hat.

Die Präsidialdemokratie der USA - das hat Fry mit dem Hinweis auf G. Washington angedeutet - ist in Wirklichkeit immer der Handlanger der herrschenden Plutokratie gewesen, und sie wird es bleiben!
